

Erinnern an die Zukunft. Das Kölner Bürgerarchiv. Herausgegeben von Bettina Schmidt-Czaia unter Mitwirkung von Gisela Fleckenstein und Max Plassmann (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, 100. Heft) von Albert Eßer	318
Abstracts	320
Autorinnen und Autoren	324

in: Geschichte in Köln 62 (2015)
S. 7-17

Aktuelle Perspektiven der vergleichenden Städteforschung am Beispiel des Rheinlandes

von Stephan Laux

Meine Überlegungen¹ möchte ich mit einer optimistischen wissenschaftskonjunkturellen Prognose aufnehmen: In der gegenwärtigen Zeit scheinen mir für die Fortführung städtegeschichtlicher Forschung grundsätzlich günstige Bedingungen zu bestehen. Dabei habe ich nicht Etatzuweisungen für Forschungsinstitute und projektbezogene Finanzierungsmöglichkeiten im Sinn. Vielmehr sehe ich mich in dem Eindruck bestätigt, dass die Sozialformation »Stadt« heutzutage – wieder – eine von breiten Schichten getragene Wertschätzung genießt: Mehr und mehr Menschen suchen »die Stadt« nicht nur als Arbeits-, sondern auch als Wohnort. Die Voraussetzung für das, was Stadtsoziologen sogar von einer Renaissance der Stadt sprechen lassen, wurzelt in einer positiven Neubewertung des Lebens in der Stadt, die durch den Wandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsökonomie bedingt ist. Die unmittelbare Nachbarschaft von Arbeitsplatz und Wohnort wird wieder denkbar, sogar wünschenswert, und die allgemeine »Wohnzufriedenheit« steigt – das meinen nicht nur aktuelle Hochglanzbroschüren. Die – wenn auch nicht flächendeckende, als solche aber evidente – Reurbanisierung bringt jedoch keine Abschwächung der Erwartungshaltung gegenüber der Stadt mit sich: Infrastrukturelle Angebote in jedweder Hinsicht verbinden sich mit einer breiten, parteipolitisch übergreifenden Erwartung an die ökologische Nachhaltigkeit der städtischen Umwelt, an den lebenswerten, sauberen, sicheren Ort.

Warum ist das an dieser Stelle relevant? Es ist deswegen nach meiner Meinung relevant, weil die von breiter Öffentlichkeit geteilten Erwartungen an »die Stadt« einhergehen mit Erwartungen hinsichtlich ihrer Gestaltung *und* Gestaltbarkeit.

1 Dieser Essay entspricht im Wesentlichen dem Manuskript meines Vortrags auf dem Kolloquium zu Ehren von Prof. Dr. Margret Wensky: »Grenzgänge in Raum und Zeit: Aktuelles und Perspektivisches zur Rheinischen Landesgeschichte« am 19. November 2014 im Universitätsclub Bonn e. V. Ich verzichte mit ausdrücklichem Verweis auf die Eigenart des gesprochenen Texts bewusst auf einen wissenschaftlichen Apparat. Verwiesen sei jedoch zumindest auf einen einzigen Beitrag der jüngeren Theoriediskussion, der mich bei der Textabfassung stark inspiriert hat: Clemens Zimmermann: Zurück zum Sozialen? Stadtgeschichtsforschung zwischen den Kategorien Gesellschaft, Kultur und Medien, in: Irmgard Christa Becker (Hg.): Die Stadt als Kommunikationsraum: Reden, Schreiben und Schauen in Großstädten des Mittelalters und der Neuzeit. 48. Arbeitstagung in Saarbrücken, 20.–22. November 2009, Ostfildern 2011, S. 15–28.

Auf der einen Seite ist da die eingeprägte Erwartung an die politischen und administrativen Funktionsträger, Veränderungen »top down« herbeizuführen. Wie limitiert diese Möglichkeiten sind, weiß aber jeder, der sich einen Begriff von den bestehenden ökonomischen Zwängen der Kommunen macht. Das Wissen um die Diskrepanz zwischen den steuerungspolitischen Möglichkeiten der Stadtführungen und den individuellen Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern scheint daher merklich angewachsen zu sein. Im Zeichen einer massiv gewandelten Informations- und Kommunikationskultur ist die aktive bürgerschaftliche Beteiligung an Gestaltungsprozessen auch außerhalb – oder gar in strikter Ablehnung – von elektoralen, das heißt formalen Beteiligungsformen gewachsen. Das Eintreten von Bürgerinnen und Bürgern für städtische Belange ist auf vielen Ebenen zu erkennen und inzwischen sogar ein kommunalpolitisches Prinzip oder Postulat geworden (»Subsidiarität der Zivilgesellschaft«). Gewiss bedürfte es des Nachweises einer solch gegenwartsbezogenen Manifestation von »Kommunalismus« nicht, um historische Forschung an Städten zu rechtfertigen. Und doch ist eine Korrelation zwischen stadtbürgerlichem Ethos einerseits und diversifizierter historisch-sozialwissenschaftlicher Städteforschung andererseits ganz klar zu erkennen. Stadtbürger wie Stadtforscher sehen die Stadt heute in viel komplexeren Zusammenhängen, als dies etwa in der frühen Zeit der Bundesrepublik der Fall gewesen ist. Deswegen, so meine Ausgangsthese, hat sich die Aufnahmebereitschaft, aber auch die Erwartungshaltung der sogenannten »interessierten Öffentlichkeit« gegenüber stadthistorischer Forschung deutlich verändert. Und zwar zum Besseren hin.

Meine einleitenden Bemerkungen decken sich mit den programmatischen Aussagen einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Autoritäten, die bekräftigen, dass die stadthistorische Forschung sich in den 1980er und 1990er Jahren methodisch wie perspektivisch enorm weiterentwickelt hat. Gewiss gibt es Engführungen, die es zu durchstoßen und Sackgassen, die es zu verlassen gilt. Solche Beschränkungen sieht man aber primär in der stadt- oder lokalgeschichtlichen Spezialforschung, häufig der halb- oder nichtprofessionellen Art. Da ist »die Stadt« als Kollektivbegriff, das Schiff in tosender Brandung, von klugen und tatkräftigen Männern in sichere Gewässer gelenkt. Traditionelle Stadtgeschichten, die im Ganzen oder in Teilen solche Vorstellungen transportierten, gingen in ihrer Neigung zur Harmonisierung innerstädtischer Verhältnisse und zur Abgrenzung nach außen an Kategorien wie Ungleichheit, Dissens und Konflikt geflissentlich vorbei. Der »Niedergang« der Stadt ist ein eng damit verbundener Topos. Der wissenschaftlichen Forschung ist dies nicht ganz fremd, andernfalls wäre kaum erklärlich, wieso die Forschungsintensität im Spektrum der Vormoderne vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert praktisch linear zurückgeht. Für

ältere Generationen der stadtgeschichtlichen Forschung ist die oft ausschließliche Befassung mit der »alten Stadt« – unter Ausblendung ihrer materiellen wie sozialen »Formveränderungen«, unter Ausblendung auch unschöner Phänomene bürgerschaftlichen Versagens – sehr charakteristisch, da weltanschaulich erklärlich. Denn die alte Stadt steht für die alte Ordnung. Wir sehen deswegen in der Breite bis in die 1970er Jahre – auch in rheinischen landes- und stadtgeschichtlichen Periodika –, dass die Erforschung der Städte dort zeitlich aufhört, wo die Industrialisierung anfängt.

Eine letzte »Engführung« sehe ich tatsächlich in der wissenschaftlichen Städteforschung – jetzt betont im Plural –, die sich lange, ich finde zu lange, auf Reichsstädte verlegt hat. Ich selbst habe mich ja einmal daran versucht, die in der reformationsgeschichtlichen Reichsstadtforschung eingeübten strukturellen Zugriffe auch für Klein-, mithin Landstädte zu versuchen. Dabei ergab sich für mich eine Konsequenz von fast unaussprechlicher Banalität: Stadt ist Stadt! Urbane Diversifizierungsprozesse und Strukturkomponenten sind in Kleinstädten oft genauso anzutreffen wie in Reichsstädten, und es ist daher in vielerlei Hinsicht ziemlich irrelevant, ob formale Entscheidungswege zu einem Landesherrn oder zum Kaiser führten, weil sich nämlich die maßgeblichen Auseinandersetzungen in städtischen Binnenkonstellationen vollzogen, die sich außerhalb des Blickfelds und auch außerhalb des Interesses entlegener Obrigkeiten abspielten. Die Folge einer lange stark einseitig akzentuierten Städteforschung war und ist teils noch immer, dass die Klein- und Landstadtforschung qualitativ wie auch einfach nur quantitativ im Rückstand gegenüber einer Reichsstadtforschung ist, die es in einer bestimmten Sichtweise vielleicht gar nicht geben sollte.

Die »vergleichende Städteforschung« hingegen hat die methodischen Diversifizierungen der jüngeren Geschichtswissenschaft nicht nur mitvollzogen, sondern maßgeblich vorangebracht. Im Kern dieser Diversifizierung steht die Orientierung von »Kultur« als Leitbegriff. Dem widerspricht nicht, dass, wie Clemens Zimmermann 2011 festgestellt hat, die »Notwendigkeit einer kulturhistorischen Wende« in der Geschichtswissenschaft gar nicht primär in der Städteforschung aufgeworfen worden ist. Die Städteforschung nämlich ist nach meiner Überzeugung bedingt durch die schiere Vielfalt des Sozialkörpers »Stadt« erstens per se multiperspektivisch ausgerichtet. Zweitens ließe sich die Behauptung erhärten, dass das genossenschaftliche Autonomieprinzip die Städteforschung ungeachtet ihrer lange gehegten Vorliebe für das Stadtrecht avers gegenüber etatistischen Sichtweisen und affin gegenüber politisch-liberalen Leitvorstellungen eingestellt hat. Wenn Zimmermann von einer »Re-Privilegierung hermeneutischer Methoden« in der Städteforschung spricht, dann ist damit anerkannt, dass eine

konsequente Reflexion über die heuristischen Potentiale des »cultural turns« dort stattgefunden hat, dass sie in einem positiven Sinne wissenschaftliche Kreativität freigesetzt und damit auch zu Weiterentwicklungen geführt hat. Damit ist keineswegs einem konstruktivistischen Prinzip das Wort geredet, das die Stadt respektive den städtischen Raum nur noch als kognitive Sinnvorstellung gelten lässt. Ich meine vielmehr die Übertragung strukturalistischer Kategorienbildungen wie die der sozialen »Gruppe« oder »Schicht« in anthropologische Kategorien der Perzeption und Interaktion. In dieser Logik reicht es einfach nicht mehr aus, Gruppen nur als solche zu identifizieren, indem man Zuordnungen aufgrund von Merkmalsanalogien vornimmt. Das Leitinteresse gilt vielmehr den konkreten, in der Lebenswelt der Menschen wirkmächtigen Kohäsionskräften, wie sie Familie und Verwandtschaft, Nachbarschaft, Soziabilität, religiöse Gemeinschaft, Arbeitsverbund et cetera stifteten und ja mehr oder minder bis heute noch darstellen.

Ich will damit nicht sagen, dass diese Leitinteressen von höherer Legitimität seien als eher »klassische« sozialgeschichtliche Zugriffe. Ein Buch wie die Habilitationsschrift von Heinrich Rüthing aus dem Jahr 1986 mit dem geradezu entwaffnend schlichten Titel »Höxter um 1500« bezeugt eine kaum einmal erreichte Meisterschaft der sozialhistorischen Forschung, indem es nämlich entsprechend dem Untertitel nicht weniger als die »Analyse einer Stadtgesellschaft« bietet. In diesem Sinne halte ich Forschungen über die Stratifikation von Städten für weiterhin hoch verdienstvoll, auch und gerade im Radius des Rheinlandes. Wo sie methodisch durch im weitesten Sinne kulturell-anthropologische Aspekte ergänzt oder differenziert werden können – umso besser! Zudem kann nicht behauptet werden, dass Gruppenkonzepte auf einer differenzierteren sozialgeschichtlichen Basis erst im Zuge der »cultural turns« reflektiert worden seien: Gerhard Fouquet hat 2009 in einem Aufsatz mit dem Untertitel »Bemerkungen zu sozialgeschichtlichen Aspekten der deutschen Stadtgeschichtsforschung nach 1945« darauf hingewiesen, dass auch der älteren Generation von Stadthistorikern die Limitierung von Genossenschaftsmodellen vor Augen stand, sei es, dass diese allein auf verfassungsmäßiger oder sozioökonomischer Zuordnung aufbauten. Damit verbunden war auch ein verhältnismäßig früh erwachsenes Unbehagen gegenüber der Vorstellung, die Stadt stelle den Wirkungsraum modernisierungstheoretischer Paradigmata schlechthin dar. Kurzum, die Devise sollte sein: Typisierung und Individualisierung gleichzeitig – und zwar am besten nicht nebeneinander, sondern ineinander verschränkt! Die stadthistorische Forschung bietet dazu nicht allein die methodischen Varianten. Ihr Gegenstand verlangt vielmehr danach, zumindest dann, wenn sie Erkenntnisse von übergreifender Validität anstrebt.

Wenn ich versuche, mir über Tendenzen und Erträge der stadtgeschichtlichen Forschung ein umfassendes Bild zu machen, dann sehe ich keine wirklich tiefgründigen Defizite hinsichtlich der theoretischen Reflexion oder der thematischen Vielfalt. Es sei erlaubt, den Blick vom Rheinland nach Westfalen zu wenden und die Reihe »Städteforschungen A« als Referenz zu nehmen: Von Band 1, 1976 (herausgegeben von Franz Petri) bis mindestens Band 79, 2010 (verfasst von Michael Hecht) erkennt man eine durchgängige Neigung zur Typisierung und damit zur Analogienbildung. Boomende Städte werden ebenso abgebildet wie »schrumpfende Städte« (76, 2008), Zentren ebenso wie ihr Umland oder auch bloß deren »Rand« (70, 2008). Der historiographische Blick auf die vergleichende Städtegeschichte fehlt ebenso wenig (80, 2013) wie die Grundsatzfrage, was in welcher Sicht eigentlich eine Stadt ausmache (61, 2004). Da glücklicherweise nicht mehr der verschämte Blick aus einer Zeit vorwaltet, da sich die »Culturgeschichte« noch mit »C« schrieb, bietet das Programm auch ein Buch zur Geschichte Greifswalds mit einem Kapitel »Wasser, Badelust und käufliche Liebe« (71, 2010). Gegenüber dem klassischen Komplex »Recht und Verfassung« treten in den jüngeren Bänden des Städteforschungsinstituts erkennbar solche Themen in den Vordergrund, die die Stadt als öffentlichen und teilöffentlichen Kommunikations- und Sozialraum hervorkehren (74, 2007; 83, 2011; 85, 2012). Allein der angekündigte Sammelband von Paul Nolte »Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte – Inszenierungen – Netzwerke 1880–1930« lässt auf eine gewachsene Anschlussfähigkeit der Städteforschung gegenüber der übergreifenden Erforschung kultureller und ideologischer Sinnstiftungen schließen, übrigens auch gegenüber der zeithistorischen Forschung.

Das Panorama des Geleisteten spricht somit dafür, dass die Städteforschung im Hinblick auf die be- und anstehenden methodischen Herausforderungen gut bis bestens vorbereitet ist. Meine Überlegungen über die Perspektiven der Städteforschung im Rheinland lassen sich ohne Weiteres aus Ansätzen übergreifender Art oder anderweitigen Regionen ableiten. Was allerdings hinzukommt, das ist die spezifische Raumsituation des Rheinlandes. Das »Rheinland« ist ein Raum, dessen Prägekraft sich nicht schon zur Zeit des Alten Reichs, sondern über die »Franzosenzeit« hinaus, dann aber nur recht allmählich, unter preußischer Herrschaft ausgebildet hat. Faktum dagegen ist natürlich die spezifische Geographie des Rheinlandes mit dem wie auch immer zu bewertenden Charakteristikum ihrer Grenzümlichkeit gegenüber den Beneluxstaaten beziehungsweise ihren historischen Vorläufern und Frankreich. Dass in einer langen Tradition der rheinischen Landesgeschichte die preußische Rheinprovinz einen Bezugsraum abgab, ist weidlich bekannt. Ich richte meinen Blick vor diesem Hintergrund auf den Großraum und schildere einige Beobachtungen zu übergreifenden Stadtgeschichten. Diese

zu haben, ist schlechtweg unverzichtbar, denn nur sie machen die Spezifika der Städte im Kontext verständlich. Ich wähne mich mit Frau Wensky im Einklang bei der Annahme, dass man Jahrzehnte in der vergleichenden Städteforschung arbeiten kann, um doch noch erstaunt genug zu sein über die extremen Divergenzen selbst innerhalb typologisch analog erscheinender Szenarien. Man erwartet Strukturkonstanten und findet immer wieder Sonderformen.

Wie auch immer: Dass der stärker urbanisierte Norden hier ein ganz anderes Bild bietet als der Süden, wird nicht überraschen. Das LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte hat über Jahrzehnte den Nordrhein in den Vordergrund seiner Arbeit gestellt, und eine ganze Reihe von Stadtgeschichten begleitet, wenn nicht sogar selbst angestoßen – respektive geschrieben. Die niederrheinische Städtelandschaft hat ganz besonders davon profitiert. Die neuen Stadtgeschichten von Köln und Aachen sind in Entstehung begriffen, es gibt zum 150-jährigen Jubiläum eine ganz neue von Oberhausen (2012) und von Duisburg (Bd. 1, 2013). Eine Stadtgeschichte Wuppertals – gewiss nicht leicht zu machen – ist meines Wissens noch nicht in Sicht. Krefeld (5 Bde., 1998–2010), Leverkusen (2005), Bergisch Gladbach (2006) und Velbert (2009) besitzen neuere Stadtgeschichten. Von einer neuen Geschichte des Bergischen Landes ist 2014 der erste von zwei Bänden erschienen. Etablierte größere Darstellungen sind in die Jahre gekommen: Neuss insbesondere (1975–1986), Düsseldorf (1988–1989), Bonn (1989 ff.), Wesel (1991) oder Koblenz (1992 und 1993). Diese Stadtgeschichten konnten neueste Forschungsansätze nicht berücksichtigen und ebenso logischerweise auch die allerjüngste Geschichte nicht aufgreifen. Eine Reihe dieser Werke ist leider auch nicht anders als antiquarisch erhältlich. Darüber hinaus gibt es gewiss noch Desiderate: Die Stadtgeschichte Triers in der Frühen Neuzeit muss irgendwann einmal auf einer erweiterten Grundlage der doch gut verfügbaren Quellen neugeschrieben werden. Soeben hat Wolfgang Hans Stein ein Repertorium allein zu den Quellen zu Stadt und Region in der Revolutionszeit vorgelegt, deren Erforschung sehr im Argen liegt. Generell ist festzustellen, dass Eifel und Hunsrück stark vernachlässigte und praktisch der Heimatgeschichte überlassene Kulturlandschaften darstellen. Defizite in der Städte- beziehungsweise Ortsforschung reflektieren und verstärken ebensolche in der Landesgeschichte und summieren sich in der Breite somit zu *terrae incognitae* der Sozialgeschichte ländlich-kleinstädtisch geprägter Regionen.

Was aber sind Themen der Gegenwart, die Themen der Zukunft sein könnten? Ich gestehe, dass mir nach anfänglicher Orientierungsschwäche der Blick in einige ausgewählte »Rheinische Städteatlanten« sehr weitergeholfen hat und dass dabei bereits das über lange Jahre hinweg bewährte Stichwortsystem den Blick auf die Dinge strukturiert hat. Die Lemmata sind natürlich keine »Themen«

der Forschung im engeren Sinne, sondern stellen Informationskategorien für planvolle – eben vergleichende – Forschungsansätze bei entsprechender konzeptioneller Kreativität dar. Einige wenige Schlaglichter nur, schwerpunktmäßig auf die Frühe Neuzeit ausgerichtet: Ein großer Forschungsbedarf scheint mir bezüglich städtischer Armut und Fürsorgepolitik zu bestehen. Die Arbeiten von Michel Pauly haben mir bewusst gemacht, dass zwar inzwischen einige Forschungen über die Frühgeschichte der städtischen Hospitäler vorliegen, dass aber über deren personelle Trägerschaft und, vor allem, soziale Wirksamkeit sehr wenig bekannt ist. Interessiert man sich darüber hinaus für die Übergänge zur Medikalisierung in unserem Raum, dann bieten sich doch nur sehr wenige punktuelle Ansätze. Die Tatsache, dass »Fürsorge« oft nur eine Chiffre für soziale Kontrolle und Disziplinierung ist, dass die entgegengesetzte Praxis auf Segregation beziehungsweise Entledigung abzielte, verweist auf Exklusionsprozesse in frühneuzeitlichen Städten, die lange noch nicht als abgehandelt gelten dürfen. Ein wichtiges Thema im Kontext der sozialen Wirksamkeit von Staatlichkeit ist der Komplex »Stadt und Militär«. Die Korrelation verweist auf eine Konstante kommunaler Geschichte spätestens seit dem 19. Jahrhundert, wird in der Forschung bislang aber nur selten – und noch seltener in befriedigender Form – behandelt. Die angesprochene Grenzlage des Rheinlandes bewirkte hinsichtlich der Militarisierung der Region vergleichbare Folgen. Ein kurzer Blick von Nord nach Süd: Die traditionsreiche Festungs- und Garnisonsstadt Wesel ist nur in Teilen, aber nicht integrativ behandelt worden. Eine neuere Monographie über die »Garnisons- und Militärgeschichte der Städte Aachen, Eschweiler und Stolberg« von 2010, die die Zeit von 1815 bis 1960 vergleichend behandelt und sich erklärtermaßen nur mit einer »kurzen geschichtlichen Reflexion« aufhält, tut genau das und bleibt damit deutlich unter den Standards der sozialgeschichtlich ausgerichteten jüngeren Militärgeschichtsforschung. Zu Koblenz liegt eine Monographie in der Städteforschungsreihe (A 53) vor, die von einem institutionellen und sozialstatistischen Kerninteresse zeugt, wenig bis gar nicht leider vom Verhältnis zwischen Bürgern und Militär. Trier dagegen, das im 19. Jahrhundert als preußische und im 20. Jahrhundert als französische Garnisonsstadt gewaltig von Militär geprägt war, ist diesbezüglich weithin unerforscht, zu Köln liegt seit 2010 ein umfassender Sammelband unter dem Titel »Festungsstadt Köln« vor.

Viele Themen sind in der rheinischen Städteforschung noch unterbelichtet, insbesondere in vergleichender Form: die Frage nach städtischer Grund- und Gerichtsherrschaft, nach der Gültigkeit von Weistümern, nach dem realen, nicht nur formalen Verhältnis von Stadtherren und städtischen Eliten, auch nach dem Stellenwert konkurrierender, externer Instanzen. Sinnvoll ist weiter die Frage

nach dem geistlichen Recht einschließlich der selten aufgeworfenen, dabei doch so wirkmächtigen Frage nach Patronats- und Investiturrechten. Forschungen über die Beschaffenheit der Pfarrsprengel und Pfarrausstattung – etwa im Verhältnis zu Kommunikantenzahlen – sind ebenso sinnvoll wie konfessionsgeschichtliche Ansätze, die einmal ganz genau nach der Trägerschaft und nach den Umsetzungsbedingungen konfessioneller Entscheidungen fragen. Ein »Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften (auch) des Rheinlandes« wäre höchst wünschenswert, und es hätte gewiss auf den »Rheinischen Städteatlas« als »Referenzwerk« zuzugreifen. Auf einer anderen als der enzyklopädischen Ebene bedarf es für viele Städte allerdings noch integrativer Forschungen, und zwar solcher, die nicht eine »Aufarbeitung« leisten, sondern jüdisches Leben gesamtgesellschaftlich kontextualisieren und problematisieren.

Das Spektrum der themenspezifischen Ansätze ließe sich über alle Aspekte der Wirtschafts- und Sozialgeschichte hinweg ausweiten. Die Bedeutung der Zünfte in den frühneuzeitlichen Städtegesellschaften ist nicht nur im Rheinland zu wenig erforscht. Hier besteht neben der Phänomenologie von Erscheinungsformen vielleicht auch noch ein Mangel in theoretischer Hinsicht, im Hinblick nämlich auf die persistente Wirkung korporativer Strukturen in vormodernen Städten. Derartige Untersuchungen bieten sich einerseits für den Vergleich an, andererseits für die Spiegelung in die frühneuzeitliche Gesellschaftsgeschichte. Die vielfach ungenutzten seriellen Quellen wie Stadt- und Baumeisterrechnungen und manches mehr, vor allem aber die kaum einmal systematisch herangezogenen Ratsprotokolle öffnen schnell den Weg in bislang unausgeleuchtete Innenansichten von Städten. Ich möchte dies besonders hervorheben, weil derartige Quellen unverzichtbar sind, um die Grundvoraussetzungen für die so oft postulierten Verflechtungsforschungen zu schaffen. Dazu gehören nämlich prosopographische Erhebungen zu Familienstrukturen und Konnubium, zu bürgerlichen Assoziationen jedweder Art, nicht weniger auch zu Praktiken der Ämterbekleidung und -vergabe, und dies nicht nur auf den exklusiven Rängen der städtischen Establishments. Es darf zwar nicht übersehen werden, dass derartige Informationen oft schon bereit stehen, allerdings unsystematisch aggregiert und an entlegenen Stellen publiziert.

Auf ein Thema von umfassender Relevanz möchte ich im Folgenden mit der begrifflichen Trias Ungleichheit, Konflikt und Partizipation eingehen. Auszugehen ist davon, dass sich in zahlreichen deutschen Städten seit dem späten Mittelalter institutionelle Veränderungen der kommunalen Repräsentationskörperschaften vollzogen, und dies auch im Rheinland: Neben die altangestammten Magistrats- und Schöffenkollegien traten Ausschüsse, die auf die Kontrolle und damit unweigerlich auch auf die Mitausübung ratsobrigkeitlicher Funktionen drängten,

vordringlich in den Bereichen Steuer- und Vermögensverwaltung, aber etwa auch in der Konfessionspolitik oder Armenfürsorge. Diese bürgerschaftlichen Partizipationsforderungen und -praktiken sind noch nie systematisch erforscht oder auch nur als solche klar identifiziert worden. Damit verbinden sich auch teilweise zu kurz greifende Bewertungen innerstädtischer Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der Frühen Neuzeit. Mit Blick auf diese Gremien, die gewiss nicht immer konstanter Natur waren, nicht durchweg als »politisch« angesehen werden können und sich schon gar nicht in den Quellen in der wünschenswerter Transparenz zeigen, ließen sich eine ganze Reihe lohnenswerter Ansätze verfolgen. Richtet man den Blick auf die als solche noch nie in der Breite erfassten innerstädtischen Konflikte in den rund 20 Jahren vor der Französischen Revolution, dann könnte man darauf schließen, dass der fortgesetzten Beschwörung von »guter Ordnung« und »Gemeinwohl« eine veränderte Semantik zugrunde lag: Nicht mehr die Beseitigung von Missständen stand an erster Stelle, und ebenso wenig sollten künftig religiöse, wohlfahrtstaatliche oder allgemein ethische Normen als bloß selbstverpflichtendes Korrektiv obrigkeitlichen Handelns genügen. Als Träger obrigkeitskritischen Protests postulierten die Ausschüsse vielmehr die Bürgergenossenschaft als eigentlichen Souverän und erklärten Idoneität statt Honorabilität zum Kriterium für die Besetzung und Ausübung der kommunalen Leitungsorgane. Wir haben es hier mit der Präfiguration eines »Gemeindeliberalismus« zu tun, dessen Genese eben nicht erst in der Zeit nach 1815 anzudeuten ist, auch nicht erst durch die Wahrnehmung der Französischen Revolution angestoßen wurde, sondern aus städtischen Beteiligungskonflikten resultierte, die sich unter den mental wie intellektuell prägenden Voraussetzungen der Aufklärung abspielten.

Projiziert auf die Übergangsphase um 1800 eröffnet sich somit die Aussicht, über dieses Thema strukturelle und möglicherweise auch personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten bürgerschaftlicher Mitbestimmung vom Ancien Régime bis in den Frühliberalismus zu erschließen. Diese Problemlinie scheint mir erstens sinnvoll, weil die Bürgertumsforschung – der Bielefelder oder Frankfurter Spielart – mit Ausnahme nur zweier Monographien zu Köln den Weg nicht wirklich in das Rheinland gefunden hat. Zweitens wirkt nach meinem Eindruck die Epochentrennung »1794« in den linksrheinischen Landesgeschichten nach wie vor ziemlich tief. Ich möchte daher für zeitlich übergreifende Forschungen plädieren. Der hier an sich treffende Einwurf von Clemens Zimmermann, die Forschung behaupte »relativ künstliche Sattelzeiten [...] deren Wesenheit man sich durch zirkuläre Kommunikation ständig versichert«, ist scharfsinnig, verfängt allerdings nicht. Denn die neuzeitlichen Systemwechsel von 1789 und 1815 oder die zeitgeschichtlichen von 1919, 1933 oder 1945 spielten sich sämtlich

binnen weniger als einer Generation ab und prägten sich damit auch in die Wahrnehmung einer hinlänglich großen Zahl von Menschen ein.

Ich möchte zum Abschluss meine Gedanken zu »aktuellen Perspektiven der vergleichenden Städteforschung am Beispiel des Rheinlandes« in fünf Thesen zusammenfassen.

1. Die gegenwärtigen Voraussetzungen für die stadthistorische Forschung sind günstig, denn die allgemeine Anteilnahme gegenüber kommunalen Belangen ist breiter und verständiger geworden. Wer sich heute ernsthaft für »seine« Stadtgeschichte interessiert, der erwartet nicht, oder nicht mehr, eine Meistererzählung aus geschichtsträchtigen Zeiten, sondern eine vertiefte Befassung, in der sich die eigene ideelle wie kritische Wahrnehmung der Stadt widerspiegelt. Insofern besteht ein vergrößerter öffentlicher Resonanzraum für eine Städteforschung, die ihre methodische und thematische Vielfalt nicht verbergen muss, sondern als ihr Gütezeichen ausweisen kann.
2. Die Tendenz der allgemeinen Geschichtswissenschaft, gesellschaftliche Figurationen durch personennahe, sprich lebensweltlich orientierte Verfahren zu beleuchten, stellt eine lohnenswerte Modifikation älterer sozialgeschichtlicher Ansätze dar. Sie sollte diesen gegenüber aber keine Exklusivität beanspruchen. Denn die Erfassung umfassender Gruppen- oder Sozialstrukturen erfordert die Anonymisierung der Befunde und ermöglicht nach Maßgabe präzise formulierter Erkenntnisinteressen Repräsentativität in der Breite. Die Rekonstruktion individueller Verflechtungen erfordert dagegen eine starke Reduktion in der Sache und schwankt bei der Frage nach den heuristischen Vorzügen der mikrohistorischen Methode. Um aber den Mehrwert des komplexitätsreduzierenden Vergleichs mit dem der gegenstandsreduzierenden Punktuntersuchung zu koppeln, wären gestufte beziehungsweise kombinierte vergleichende Verfahren künftig angezeigt.
3. Die auch in weiten Teilen der rheinischen Städtelandschaft vorwaltenden Kleinstädte drängen sich – so Holger Thomas Gräf und manche andere Kommentatoren – für künftige Forschungen »in einer weiter gefassten soziokulturellen oder gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive« förmlich auf. Entsprechend leicht sichtbar zu machen ist hier (wie übrigens auch im Falle von kleinen oder »Unterherrschaften«) der Mangel an konzeptionell reflektierten Forschungen, die über den Einzelfall hinauszugehen.
4. Die künftige Entwicklung der vergleichenden Städteforschung einerseits und städtischer Einzelforschungen andererseits wird – so meine Prognose – verstärkt das 19. und 20. Jahrhundert erschließen – und daran gut tun.
5. Die Hauptherausforderung in der rheinischen Städteforschung liegt weniger in der Entwicklung neuer analytischer Modelle, als vielmehr in der Umsetzung

erprobter Ansätze in ihrem geographischen Einzugsbereich. Ziel muss es somit sein, das vielfach in der Tiefe schon realisierte Niveau in die Breite zu bringen. Eine Voraussetzung dafür sind fortgesetzte stadtgeschichtliche Forschungen nicht allein im Format der Einzelbetrachtung, sondern im Vergleich beziehungsweise in der Kombination, also in der Zusammenführung phänomenologischer Analogien, für die der »Rheinische Städteatlas« eine hervorragende Systematik bietet. Dass im Zuge dessen Stadtgeschichte zur Städtegeschichte, die Städtegeschichte dagegen zur urbanen Sozialgeschichte mutiert, ist durchaus in Kauf zu nehmen, weil sie nur eine Variante der historischen Stadtforschung ist. Eine im weitesten Sinne strukturell integrative Betrachtung der rheinischen Städte würde jedenfalls dazu beitragen, die Leistungen und Potentiale der stadtgeschichtlichen Forschung verstärkt in die allgemeine Forschung einzubringen.

Ein letzter Punkt außerhalb der Zählung: Diskussionen über methodische Weiterentwicklungen der Geschichtswissenschaft werden heutzutage bevorzugt, wenn nicht generell, unter Ausblendung der Quellenproblematik geführt. Programmatiken über das, was wünschenswert ist, besitzen eine dramatisch kurze Halbwertszeit, wenn sie nicht auf der Kenntnis empirischer Potentiale gegründet sind. Vielleicht wäre das ein Anlass dazu, Methodendiskussionen einmal in »Ressourcendiskussionen« umzudefinieren und erst ex post das Gespräch darüber zu führen, was denn unter gegebenen dokumentativen Voraussetzungen denkbar gewesen wäre. Ich schließe in diesem Sinne meine Überlegungen über die Perspektiven der rheinischen Städteforschung mit der Referenz an Frau Professorin Wensky, von der ich weiß, dass mein Vorschlag eines »empirical turn« in der Geschichtswissenschaft auf Zustimmung stößt.